

Dedering, Kathrin

Manfred Weiß (Hrsg.): Evidenzbasierte Bildungspolitik: Beiträge der Bildungsökonomie. Berlin: Duncker & Humblot 2006. 194 S., 68,- EUR

[Rezension]

Zeitschrift für Pädagogik 53 (2007) 5, S. 718-721



Quellenangabe/ Reference:

Dedering, Kathrin: Manfred Weiß (Hrsg.): Evidenzbasierte Bildungspolitik: Beiträge der Bildungsökonomie. Berlin: Duncker & Humblot 2006. 194 S., 68,- EUR [Rezension] - In: Zeitschrift für Pädagogik 53 (2007) 5, S. 718-721 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-50391 - DOI: 10.25656/01:5039

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-50391>

<https://doi.org/10.25656/01:5039>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

Thementeil: Pädagogische Autorität

<i>Roland Reichenbach/Philippe Foray</i> Vorbemerkungen zum Thementeil	599
<i>Friedhelm Brüggem</i> Autorität, pädagogisch	602
<i>Philippe Foray</i> Autorität in der Schule – Überlegungen zu ihrer Systematik im Lichte der französischen Erziehungsphilosophie	615
<i>Denis Kambouchner</i> Pädagogische Autorität und die Sinnkrise des schulischen Lernens	626
<i>Roger Monjo</i> Pädagogische Autorität: Unsicherheiten und Widersprüche. Eine Auseinander- setzung mit Alain Renaut und Myriam Revault d'Allonnes	639
<i>Roland Reichenbach</i> Kaschierte Dominanz – leichte Unterwerfung. Bemerkungen zur Subtilisierung der pädagogischen Autorität	651
<i>Deutscher Bildungsserver</i> Linktipps zum Thema „Pädagogische Autorität“	660
 <i>Allgemeiner Teil</i>	
<i>Manuela Pietraß</i> Der Zuschauer als Voyeur oder als Opfer? Zur Problematik realitätsnaher Gewalt im Film	668

<i>Silke Schreiber-Barsch/Christine Zeuner</i> international – supranational – transnational? Lebenslanges Lernen im Spannungsfeld von Bildungsakteuren und Interessen	686
--	-----

Essay

<i>Rudolf Tippelt</i> Ausgewählte pädagogische Lemmata und ihre bildungspolitischen Konnotationen	704
---	-----

Besprechungen

<i>Kathrin Dederling</i> Manfred Weiß (Hrsg.): Evidenzbasierte Bildungspolitik	718
---	-----

<i>Justin J.W. Powell</i> Brigitte Kottmann: Selektion in die Sonderschule	721
---	-----

<i>Cristina Allemann-Ghionda</i> Rosarii Griffin (Hrsg.): Education in the Muslim World	724
--	-----

<i>Klaus Prange</i> Werner Korthaase/Sigurd Hauff/Andreas Fritsch (Hrsg.): Comenius und der Weltfriede	726
--	-----

<i>Christian Niemeyer</i> Ulrich Herrmann (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue Zeit ...“	729
---	-----

Dokumentation

Erziehungswissenschaftliche Habilitationen und Promotionen in 2006 – Ein Nachtrag	733
Pädagogische Neuerscheinungen	738

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe der Z.f.Päd. liegt ein Prospekt von IHI Rodenbach, 57639 Rodenbach, bei.

Besprechungen

Manfred Weiß (Hrsg.): *Evidenzbasierte Bildungspolitik: Beiträge der Bildungsökonomie*. Berlin: Duncker & Humblot 2006. 194 S., 68,- EUR.

Mit den Begriffen *Bildungspolitik* und *Bildungsökonomie* bringt der hier zu besprechende Herausgeberband zwei Gebiete in Verbindung, deren Verhältnis in der Bildungsforschung jahrzehntelang als wenig befruchtend galt. Vertreter des Forschungssystems selbst haben auf der Grundlage empirischer Studien einige Modelle entwickelt, die das Verhältnis von sozialwissenschaftlicher Forschung und politischen Aktivitäten systematisch zu erfassen versuchen (vgl. z.B. Roeder 1983; Kötter 1988; Tillmann 1991; Terhart 2001)¹. Vor dem Hintergrund einer grundlegenden Rollenverteilung wird der Einfluss der Bildungsforschung auf bildungspolitische Entscheidungen bisher eher gering eingeschätzt: Die Bildungspolitik hat die Aufgabe, durch staatliches Handeln eine möglichst optimale Ausgestaltung des Bildungssystems zu erreichen und dabei unterschiedliche, zum Teil konfligierende gesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen. Die bildungspolitischen Akteure stehen stets unter Handlungsdruck, der kontinuierlich auf die Organisation einer öffentlichen Befürwortung ihrer Aktivitäten abzielt (vgl.

Tillmann 1991; Terhart 2001). Demgegenüber ist die sozialwissenschaftliche Forschung – und damit auch die Teildisziplin der Bildungsökonomie – auf die Produktion von Wissen und Erkenntnissen ausgerichtet und dabei weitestgehend selbstbestimmt (vgl. Tillmann u.a. 2008)².

In den letzten Jahren hat sich – insbesondere im Zuge des gestiegenen öffentlichen Interesses an Fragen der Bildung und der Qualitätsverbesserung im Bildungsbereich als Folge der internationalen Schülerleistungsvergleichsstudien TIMSS und PISA – der Handlungsdruck auf die Bildungspolitik in Deutschland deutlich erhöht (vgl. Tillmann u.a., 2005³). Dies konstatiert auch der hier zu besprechende Herausgeberband – und erkennt darin eine Chance für eine neuerliche Annäherung der ‚Lager‘ Bildungspolitik und Bildungsforschung. Die Bereitschaft der politischen Akteure (die in dem Band bedauerlicherweise nicht näher spezifiziert werden) zur Nachfrage wissenschaftlicher Expertise sei in der jüngeren Vergangenheit gewachsen, und zwar „aus einem ernsthaften ‚kognitiven Vergewisserungsbedürfnis‘ ..., einem Interesse an ‚evidenzbasiertem Steuerungshandeln‘“ (S. 5) heraus. Die Bildungsökonomie als Teilgebiet der Bildungsforschung könne hierzu einen Beitrag liefern. Zu diesem Zweck vereinigt das Buch eine Reihe von Beiträgen, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf den Jahrestagungen des Bildungsökonomischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik

1 Roeder, P.M. (1983): Bildungsreform und Bildungsforschung. In: Z.f.P., 18. Beiheft, S. 81–96; Kötter, L. (1988): Empirische Erkenntnis und bildungspolitische Entscheidung. In: Z.f.P., 34. Jg., H. 5, S. 657–671; Tillmann, K.-J. (1991): Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik – Erfahrungen aus der jüngsten Reformphase. In: Z.f.P., 37. Jg., H. 6, S. 955–974; Terhart, E. (2001): Bildungsforschung, Bildungsadministration, Bildungswirklichkeit: eine systematische Annäherung. In: Tillmann, K.-J./Vollstädt, W. (Hrsg.): Politikberatung durch Bildungsforschung. Das Beispiel: Schulentwicklung in Hamburg. Opladen, S. 17–32.

2 Tillmann, K.-J./Dedering, K./Kneuper, D./Kuhlmann, C./Nessel, I. (2008): PISA als bildungspolitisches Ereignis – Eine empirische Fallstudie in vier Bundesländern. (i. Vorb.).

3 Tillmann, K.-J./Dedering, K./Kneuper, D./Kuhlmann, C./Nessel, I. (2005): Steuerungsanspruch und Legitimationsgefährdung: Der ministerielle Umgang mit den Ergebnissen der PISA-Studie. Unveröffentlichter Zwischenbericht für die DFG. Bielefeld. Vgl. auch Tillmann u.a. 2008.

in den Jahren 2004 (Frankfurt) und 2005 (Nürnberg) gehalten wurden. Im Hinblick auf die Adressaten der Beiträge ist zwischen den Tagungen und der Publikation ganz offensichtlich eine Akzentverschiebung vorgenommen worden, handelt es sich bei dem oben genannten Verein doch um ein Fachgremium, dem in erster Linie namhafte Experten aus der Wissenschaft angehören (vgl. Verein für Socialpolitik 2007)⁴. Umso interessanter wird sein, wie die im Titel des Buches antizipierte Bezugnahme auf die bildungspolitische Ebene im Endeffekt gestaltet wird.

Der Band enthält insgesamt neun Beiträge, deren Auswahl sich – so heißt es im Vorwort des Herausgebers – an „politischen Relevanzkriterien“ orientiert habe. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass für den Leser aus Gründen der Nachvollziehbarkeit eine Begründung der Auswahl der Relevanzkriterien wünschenswert gewesen wäre. Thematisch lassen sich je vier Aufsätze dem Schul- bzw. Hochschulbereich und dem Bereich der beruflichen Weiterbildung zuordnen. Ein weiterer Aufsatz widmet sich der Rolle der Arbeitsverwaltung an der ‚zweiten Schwelle‘ – beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem.

Die Beiträge, die im *Schul- bzw. Hochschulbereich* anzusiedeln sind, basieren allesamt auf empirischen Studien, die teilweise unter Beteiligung der Autoren durchgeführt worden sind. Zwei von ihnen beleuchten den Aspekt der Chancengleichheit im Schulsystem und richten das Augenmerk dadurch auf den in der Praxis vorfindbaren Status quo: Gabriela Schütz und Ludger Wößmann untersuchen die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Sozialschichtgruppen und identifizieren Bedingungsfaktoren für die landesspezifischen Variationen im Ausmaß der Chancengleichheit, während Philippe Mahler und Rainer Winkelmann das Ausmaß und die Ursachen einer Benachteiligung von Kindern Alleinerziehender bei Bildungsgangentscheidungen analysieren. Die beiden anderen Aufsätze rekurrieren auf die

Ebene von Wirksamkeit, indem sie die Effektivität zweier Strategien zur Qualitätsverbesserung überprüfen: Der Beitrag von Manfred Weiß und Corinna Preuschoff beschäftigt sich mit privaten Bildungsangeboten im Schulbereich, und der Beitrag von Andrea Schenker-Wicki und Mark Hürlimann bezieht sich auf die Autonomie im Hochschulbereich.

Die Beiträge, die dem Bereich der *beruflichen Weiterbildung* angehören, haben in drei Fällen empirische Untersuchungen zur Grundlage. In einem Fall stellt eine empirische Beobachtung hingegen den Ausgangspunkt für eine theoretische Betrachtung dar. Renate Neubäumer entwickelt ein geschlossenes theoretisches Konzept zur Erklärung betriebspezifischen Weiterbildungsverhaltens und Lutz Bellmann und Ute Leber identifizieren Ursachen für die Unterschiede im Weiterbildungsangebot von klein- und mittelständischen Betrieben einerseits sowie Großbetrieben andererseits. Im Mittelpunkt der Untersuchung von Hendrik Jürges und Kerstin Schneider steht demgegenüber der Zusammenhang von beruflicher Weiterbildung und Lohneffekten. Günter Fandel, Jörn Bartels und Christine von Prümmer setzen sich mit dem Karriere- und Einkommenseffekt berufsbegleitender akademischer Weiterbildung auseinander.

Der Beitrag, der sich der *Rolle der Arbeitsverwaltung* an der ‚zweiten Schwelle‘ widmet, gibt – mit dem Ziel einer „Deskription der Fakten“ (S. 188) – einen Überblick über die Aktivitäten der Bundesagentur für Arbeit im Bereich von Bildung und Ausbildung. Die Autoren Jutta Allmendinger, Christian Ebner und Martin Schludi liefern Erklärungen für erkennbare Veränderungen in der Maßnahmepraxis der Einrichtung, die einen Einfluss auf die spezifische Situation bildungsarmer Jugendlicher haben kann.

Im Hinblick auf ihre strukturelle Klarheit, die methodische und inhaltliche Transparenz sowie die Verständlichkeit der Darstellung zeichnen sich alle Texte durch ein hohes Niveau aus. Die Einzelbeiträge folgen einer klaren Struktur, die sich – wenngleich mit leichten Variationen – beitragsübergreifend wiederfindet und dem Leser eine gewisse Orientierung bietet. In allen Aufsätzen wird der Leser zunächst knapp in die entsprechende

4 Verein für Socialpolitik (2007): www.socialpolitik.org/vfs.php?mode=start

Thematik eingeführt und über die jeweils zu Grunde liegende Fragestellung informiert. Er erhält darüber hinaus einen Überblick über den Aufbau der nachfolgenden Ausführungen. Alle Beiträge beinhalten eine detaillierte und gut nachvollziehbare Darstellung der jeweils verwendeten Datenbasis und des – zum Teil recht komplexen – methodischen Vorgehens. Die präsentierten Ergebnisse werden vielfach in Tabellen gebündelt oder in Diagrammen veranschaulicht und abschließend noch einmal pointiert zusammengefasst. Die hier zum Ausdruck kommende hohe Qualität der Beiträge ist wahrscheinlich (auch) auf den Einsatz und die Rückmeldung von anonymen Gutachtern zurückzuführen; jedenfalls finden sich an zwei Stellen Hinweise hierauf.

In Bezug auf die Brisanz der präsentierten Ergebnisse kann festgehalten werden, dass die Erkenntnisse zwar nicht in jedem Fall als bahnbrechend neu gelten können, aber dennoch – u.a. aufgrund vertiefender (Sekundär-) Analysen bereits existierender Datensätze (wie PISA-E oder das SOEP [Sozio-oekonomisches Panel]) oder einer Einbeziehung größerer Datensätze bzw. längerer Datenreihen – wichtige Informationen zu einem breiten Spektrum von Aspekten der Bildungsökonomie liefern, die für bildungspolitisch Handelnde anschlussfähig sind. Für den Schul- und Hochschulbereich sei hier exemplarisch auf den Befund der international vergleichenden Analyse von Gabriela Schütz und Ludger Wößmann verwiesen, dass sich eine spätere Verteilung von Schülerinnen und Schülern auf unterschiedliche Schulformen des Sekundarbereichs positiv auf eine Angleichung von sozial bedingter Benachteiligung im Schulsystem auswirken kann (vgl. S. 34f.). Für den Bereich der beruflichen Weiterbildung sei beispielhaft auf das Ergebnis von Hendrik Jürges und Kerstin Schneider abgehoben, nach dem die Korrelation zwischen Löhnen und Fortbildung vorsichtig zu interpretieren sei und die Gleichung „Berufliche Fortbildung = höhere Produktivität = höherer Lohn für Arbeitnehmer in Deutschland“ nicht zweifelsfrei gelte (vgl. S. 147).

Insgesamt schafft es das Buch, seinen Adressaten einen Fundus ganz unterschiedlicher empirischer Ergebnisse zur Verfügung zu stel-

len und damit eine Wissensbasis zu schaffen, die dem eingangs proklamierten Bedürfnis der politischen Akteure nach kognitiver Vergewisserung auf jeden Fall entgegen kommen dürfte.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Bildungspolitik als konstituierender Begriff im Titel des Bandes erscheint, könnte der Leser nun aber darüber hinausgehend die Erwartung hegen, dass ein deutlicher Bezug dieses bereitgestellten Wissens zur bildungspolitischen Ebene hergestellt wird. Die Autoren der Beiträge – wie auch der Herausgeber selbst – bleiben hier allerdings eher verhalten. Zwar beenden einige Autoren ihre Ausführungen mit einer pointierten Zusammenfassung der zuvor detailliert dargestellten Befunde, wie etwa Philippe Mahler und Rainer Winkelmann in ihrem Beitrag zur Benachteiligung von Kindern Alleinerziehender bei Bildungsentscheidungen, Hendrik Jürges und Kerstin Schneider in ihrem Artikel zum Zusammenhang von Weiterbildungsangeboten und Lohneffekten oder Günter Fandel, Jörn Bartels und Christine von Prümmer in ihrem Aufsatz zu den Karriere- und Einkommenseffekten der akademischen Weiterbildung. Auch beziehen andere Autoren abschließend eine bestimmte Position; Manfred Weiß und Corinna Preuschhoff z.B. schätzen in ihrem Beitrag zur Effektivität von Privatschulangeboten den Ausbau privater Bildungsangebote in Anbetracht der Befunde ihrer empirischen Studie als eine „wenig aussichtsreiche Strategie zur Bewältigung der Schulmisere“ (S. 69) ein und Andrea Schenker-Wicki und Mark Hürlimann konstatieren in ihrem Artikel zur Wirksamkeit größerer Autonomiezuweisungen im Hochschulbereich, dass leistungsorientierte Finanzierung – wenngleich sie ihren Ergebnissen zufolge keine größeren Veränderungen bedingt habe – der input-orientierten Finanzierung im Universitätsbereich vorzuziehen sei, „da nicht in erster Linie von Besitzstandsgarantien, sondern von Zielsetzungen ausgegangen“ (S. 89) werde, die erreicht werden sollen. Empfehlungen oder gar Anleitungen für Maßnahmen der Steuerung des Bildungssystems durch die angesprochenen politischen Akteure bleiben in den meisten Beiträgen aber aus. Am weitesten geht hier noch der Beitrag

von Gabriela Schütz und Ludger Wößmann, in dem die Autoren die Empfehlung eines Sachverständigenrates zum Ausbau eines kostenlosen, aber verpflichtenden Förder- und Betreuungsangebots im Vorschulbereich „durchaus ... begrüßen“ (S. 35). Ferner hebt sich der Beitrag von Lutz Bellmann und Ute Leber in dieser Hinsicht von den meisten anderen Artikeln ab, da in ihm vor dem Hintergrund von „good practice“-Beispielen aus dem Ausland (wenngleich sehr knapp) Ansätze für eine gezielte Erhöhung der Weiterbildungsbeeteiligung im klein- und mittelbetrieblichen Segment formuliert werden (vgl. S. 128).

Zu klären bleibt damit die Frage, welche Rolle die Bildungsforschung einnehmen sollte bzw. müsste, um tatsächlich politische Veränderungen hervorzurufen und einen Beitrag zu dem – ebenfalls im Vorwort postulierten – Interesse der Bildungspolitik an „evidenzbasiertem Steuerungshandeln“ zu liefern.

Dr. Kathrin Dederling
Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS)
Universität Dortmund
Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund
E-Mail: dedering@ifs.uni-dortmund.de

Brigitte Kottmann: *Selektion in die Sonderschule: Das Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf als Gegenstand empirischer Forschung*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2006. 366 S., 32,- EUR.

Mit der zunehmenden öffentlichen Wahrnehmung der Ergebnisse internationaler Leistungsstudien dürfte bekannt sein, dass das deutsche Bildungswesen, statt Benachteiligungen aufgrund von sozialer Herkunft erfolgreich zu kompensieren, diese verstärkt, sogar weitaus mehr als in anderen europäischen Ländern. Doch gab es in diesen vielfältigen Analysen und in den Reportagen darüber hinaus einen Bereich, der weiterhin in einem gewissen „Schonraum“ des Paternalismus verharrt: Das weltweit nahezu einzigartig differenzierte deutsche Sonderschulwesen. Nun hat im Winter 2007 Vernor Muñoz, der Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für das

Recht auf Bildung, mit hilfreich nüchternem Blick von außen die Unhinterfragbarkeit dieser Schulform aufgehoben. Die überwiegend defensiven Reaktionen auf seinen Bericht lassen die herrschenden Interessen erkennen, die sich gegen jegliche Analyse wehren, die die Notwendigkeit *struktureller* Veränderung im Bildungswesen zur Realisierung einer demokratischen Schule für alle darstellen.

Vielfach wurde argumentiert, dass solche internationalen Vergleiche die historische Entwicklung und die regionalen Besonderheiten des deutschen Bildungswesens nicht adäquat wiedergeben können. Deshalb wäre auf die Ergebnisse hiesiger Bildungsforschung zu verweisen, die eine Innensicht der komplexen Realität schulischer Benachteiligung und Behinderung in Deutschland bietet. Leider sind empirische Analysen, die dieses Thema behandeln, ziemlich rar. Noch seltener sind Studien, die Erklärungen dieser komplexen Phänomene liefern. Einen solchen wichtigen Beitrag zur empirischen Bildungsforschung präsentiert Brigitte Kottmann mit ihrer Studie *Selektion in die Sonderschule. Das Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf als Gegenstand empirischer Forschung*. Die Studie besitzt eine weit über die Grenzen der (Sonder-)Pädagogik weisende Relevanz, denn sowohl in der Bildungsforschung als auch in der Bildungspolitik stellt die sonderpädagogische Förderung ein bisher stark vernachlässigtes Thema dar. Die Autorin arbeitet das Thema nicht nur historisch auf, sondern liefert aktuelle Einblicke in die Logik der Selektion im deutschen Bildungswesen. Die Eigendynamik des Überweisungsverfahrens an der Schnittstelle zwischen Segregation und Integration wird anhand einer Erhebung sämtlicher Überweisungsgutachten der Förderungsschwerpunkte Lernen, Sprache und Sprechen sowie emotionale und soziale Entwicklung eines nordrhein-westfälischen Schulamtsbezirks eingehend analysiert. Anstatt den Blick auf die aufnehmende Schulform zu richten, untersucht die Autorin den Beitrag der Institution, welche die meisten SchülerInnen überhaupt erst als förderbedürftig deklariert, nämlich die Grundschule. Um diese Angebotsseite eingehend zu beleuchten, unterzieht sie die zeitaufwändigen und kostspieligen Feststellungsver-